

„Staatsfeinde“ damals und heute



Von MANFRED ROUHS | Nein, die BRD ist nicht die DDR. Die DDR war eine Diktatur aus grauem Stahlbeton. An ihm konnte sich der Bürger den Kopf einrennen – bis er dann schließlich unter dem Ansturm des Volkes einbrach. Die BRD dagegen ist biegsamer: Ihre Mauer ist aus Gummi. Sie gibt nach und trotz dadurch dem Ansturm des Volkes geschmeidiger und effektiver.

Den Leipzigern aber ist es gelungen, die Nerven derer blankzulegen, die von der Diktatur der unsichtbaren Mauer aus Gummi profitieren, die ihr zusprechen. Diese Mauer wird nicht brechen, bevor sie sich verhärtet und also ihre Geschmeidigkeit einbüßt. Und genau diesen Effekt der Verhärtung können wir derzeit im massenmedialen Betrieb beobachten, beispielsweise bei den sicher nicht zu beneidenden Artikelschreibern der „Waldeckischen Landeszeitung“, die in den letzten 22 Jahren laut „Wikipedia“ 36,9 Prozent ihrer Leser eingebüßt hat.

Das Blatt erbot sich über die Leipziger Demonstration am Samstag: „Der Corona-Protest ist ein Treff für Staatsfeinde.“ Solche Zusammenrottungen hätten „wenig mit Pandemie-Politik und rein gar nichts mit legitimem Protest zu tun“. Die Leipziger Rowdies würden „Virologen und Spitzenpolitiker verächtlich machen“. Der „Aufmarsch“ sei gegenüber all denen, die sich regelkonform verhalten, als „beleidigend“ zu werten.

Diese Art von „Journalismus“ ist in Deutschland nicht neu. Wir

kennen ihn noch aus dem Herbst 1989.

Damals forderte beispielsweise die „Leipziger Volkszeitung“ (Ausgabe vom 6. Oktober 1989), man dürfe „Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden“. Unter drohender Berufung auf Äußerungen aus einer Betriebskampfgruppe der DDR (= „Antifa“?) geben sie ihrer Hoffnung Ausdruck, „daß alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um die in 40 Jahren harter Arbeit geschaffenen Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu schützen“.

Wie sich die einfältigen Parolen doch gleichen! Gleich geblieben ist auch die alte Furcht der Herrschenden und ihrer Propagandisten vor dem Volk. „Wer gegen die Maskenpflicht verstößt, gehört bestraft“, fordert das Waldecker Blättchen. Man möge doch bitte einschreiten, „um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden“, forderte die „Leipziger Volkszeitung“ im Oktober 1989.

Der gleiche Ungeist, die gleichen Parolen, der gleiche Widerstand: Diesen Genossen werden wir – am Jahrestag der Maueröffnung – nicht unser Land überlassen!



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.